



Newsmai Mai 2026

Sehr geehrte Damen und Herren

Eine Begrenzung der Zuwanderung würde dem Wissens- und Forschungsplatz Schweiz schaden

Am 14. Juni 2026 werden Volk und Stände über die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» abstimmen, welche eine Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz fordert. Im Abstimmungskampf stehen verschiedenste Themen im Fokus. Man darf aber nicht vergessen, dass auch der Wissens- und Forschungsplatz Schweiz im Falle einer Annahme der Volksinitiative mit gravierenden Folgen zu kämpfen hätte. Einerseits würden bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit die bilateralen Abkommen mit der EU und damit die Beteiligung der Schweiz an den europäischen Programmen für Bildung, Forschung und Innovation aufs Spiel gesetzt. Andererseits sind die Schweizer Hochschulen darauf angewiesen, die weltweit besten Talente für Lehre und Forschung gewinnen zu können, damit sie sich im internationalen Wettbewerb weiterhin behaupten können. Der Schweizer Souverän entscheidet somit nicht nur über eine Höchstzahl der Bevölkerung, sondern auch über die Zukunftsperspektive seines Wissens- und Forschungsstandorts.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

STANDPUNKT



Forschung und Innovation für mehr Sicherheit

Andrea Gmür-Schönenberger
Ständerätin, Vorstandsmitglied Politikteam FUTURE

Vor bald einem Jahr hiess der Bundesrat seine Rüstungspolitische Strategie gut, die einen Ausbau der Investitionen in sicherheitsrelevante Forschung und Innovation vorsieht. Bis 2030 soll das VBS den Anteil des Armeebudgets für Forschung und Entwicklung auf 2% erhöhen. Um das in der Schweiz vorhandene technologische Potenzial für die Armee besser auszuschöpfen, ist die Zusammenarbeit mit den Schweizer Hochschulen, Startups und KMU zu verstärken.

[weiterlesen »](#)

FACTS & FIGURES



@KEYSTONE/Peter Klaunzer

Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungsförderung lehnen die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab

Am 14. Juni 2026 stimmen Volk und Stände über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ab. Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungsförderung haben zur Initiative Stellung genommen.

Ein von [swissuniversities](#) in Auftrag gegebenes [Rechtsgutachten](#) kommt zum Schluss, dass die Initiative dem Wissenschaftsstandort Schweiz erheblichen Schaden zufügt. Sie setze die Rekrutierung von Talenten aufs Spiel und führe zur Isolation der Schweizer Forscherinnen und Forscher.

Auch der [ETH-Rat](#) unterstreicht, dass die Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz bei einer Annahme der Initiative sinken würde. Insbesondere gefährde die Kündigung der Personenfreizügigkeit die Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen. Diese sei ein zentraler Faktor für die Gewinnung und den Verbleib von hochqualifizierten Fachkräften.

Der [Schweizerische Nationalfonds \(SNF\)](#) verweist auf das vorgezogen angewendete EU-Programmabkommen (EUPA) im Rahmen der Bilateralen III, welches die Teilnahme der Schweiz an «Horizon Europe» gewährleistet. Da dieses die Mobilität und Nicht-Diskriminierung von Studierenden aus EU-Mitgliedstaaten voraussetze, könnte die Initiative die künftige Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme verunmöglichen.

Laut den [Akademien der Wissenschaften \(a+\)](#) gefährde die Initiative die Exzellenz und den Fortschritt der Schweizer Wissenschaft. Darüber hinaus verschärfe sie den Fachkräftemangel und schwäche den Einfluss sowie die Souveränität der Schweiz.

NEUIGKEITEN DES MONATS

27.05.2026 | ETH-Bereich

Martin Ackermann als Direktor der Eawag bestätigt

Der Bundesrat hat Professor Martin Ackermann für eine zweite Amtsperiode als Direktor des Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs (Eawag) gewählt. Die vierjährige Amtsperiode dauert vom 1. Januar 2027 bis zum 31. Dezember 2030.

[weiterlesen »](#)

22.05.2026 | Raumfahrt

WBK-N tritt auf neues Raumfahrtgesetz ein

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) ist ohne Gegenantrag auf das Bundesgesetz über die Raumfahrt eingetreten. In der Debatte hielt die WBK-N fest, dass angesichts der technologischen Entwicklungen im Raumfahrtbereich und der UNO-Verträge über Weltraumaktivitäten gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe. Die Vorlage des Bundesrates schaffe Rechtssicherheit und fördere damit den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz.

[weiterlesen »](#)

Start von Projekten des Programms «Research Programm Security»

Ab Mai 2026 starten acht Projekte aus der ersten Ausschreibung des Programms «Research Programm Security», die im Oktober 2025 vom Bundesamt für Rüstung armasuisse und der ETH Lausanne (EPFL) lanciert wurde. Die Projekte sind paritätisch auf die beiden Themenbereiche Globale Navigationssatellitensysteme und Drohnen aufgeteilt. armasuisse finanziert die erste Ausschreibung mit insgesamt zwei Millionen Franken, wobei jedes Projekt bis zu 250'000 Franken für eine Laufzeit von 12 bis 18 Monaten erhält. Ziel des Programms ist es, langfristig kritisches technologisches Wissen im Inland aufzubauen und Abhängigkeiten vom Ausland zu reduzieren. Die Grundlage dafür bildet eine Massnahme aus der Rüstungspolitischen Strategie des Bundesrates, die den Aufbau einer stärkeren Kooperation von armasuisse und dem ETH-Bereich fordert.

[weiterlesen »](#)

22.05.2026 | ETH-Bereich

Ausbau der Zusammenarbeit mit VBS und armasuisse

Der ETH-Bereich stärkt die Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und dem Bundesamt für Rüstung armasuisse. Die Grundlage dafür bildet die Rüstungspolitische Strategie des Bundesrates, die einen Ausbau der Investitionen in sicherheitsrelevante Forschung, Entwicklung und Innovation vorsieht. Laut dem ETH-Rat soll der Anteil der Forschungs- und Innovationstätigkeiten, die militärischen Zwecken dienen oder aus Gründen der Vertraulichkeit sensitiv sind, beschränkt bleiben und in dafür vorgesehenen Infrastrukturen und Standorten stattfinden. Die Finanzierung soll durch zusätzliche Mittel und damit ausserhalb des Globalbudgets des Bundes für den ETH-Bereich sichergestellt werden.

[weiterlesen »](#)

20.05.2026 | Voranschlag 2026

FK-S streicht Reserve in Nachtragskredit für EU-Forschungsprogramme

Die Finanzkommission des Ständerates (FK-S) beantragt ihrem Rat einstimmig, den Nachtragskredit zur Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen für Forschung und Innovation von 67,3 auf 58,3 Millionen Franken zu kürzen. In der Vorlage des Bundesrates waren 9 Millionen Franken als Reserve für allfällige Mehrkosten im Zusammenhang mit dem Beitragsschlüssel vorgesehen, die nicht mehr benötigt werden. Einen Antrag, den gesamten Nachtragskredit zu streichen, hat sie mit 10 zu 1 Stimmen abgelehnt.

[weiterlesen »](#)

Bundesrat passt Patentverordnung an

Der Bundesrat hat die totalrevidierte Patentverordnung gutgeheissen. Künftig ergänzt eine obligatorische, kostenpflichtige Recherche zum Stand der Technik jede Patentanmeldung. Eine Überarbeitung der Verordnung wurde aufgrund der Teilrevision des Patentgesetzes notwendig. Zeitgleich mit der Patentverordnung hat der Bundesrat auch die Gebührenverordnung, die Verordnung über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben sowie die Designverordnung angepasst. Das revidierte Patentgesetz und alle angepassten Verordnungen treten auf den 1. Januar 2027 in Kraft.

[weiterlesen »](#)

13.05.2026 | Voranschlag 2026

FK-N unterstützt den Budgetnachtrag für die EU-Forschungsprogramme

Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-N) beantragt ihrem Rat mit 16 zu 8 Stimmen, den Nachtrag I zum Voranschlag 2026 anzunehmen. Dieser enthält vier Nachtragskredite im Umfang von 98 Millionen Franken. Der Grossteil entfällt auf den Nachtragskredit von 67,3 Millionen Franken zur Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen für Forschung und Innovation. Eine Minderheit der FK-N beantragt die Ablehnung dieses Kredits. Die Kommission empfiehlt die anderen Kredite einstimmig zur Annahme.

[weiterlesen »](#)

12.05.2026 | SWR

KI-Infrastrukturstrategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Der Schweizerische Wissenschaftsrat SWR empfiehlt die Entwicklung einer langfristigen nationalen KI-Infrastrukturstrategie, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) und datengetriebener Wissenschaft gezielt zu stärken und auszubauen. Basierend auf der Strategie soll ein mehrstufiges nationales Recheninfrastruktursystem mit internationaler Anbindung aufgebaut werden, das von einem strategischen Gremium geleitet und durch eine langfristige Finanzierung unterstützt wird.

[weiterlesen »](#)

06.05.2026 | Bilaterale Schweiz-EU

WBK-S unterstützt die Abkommen zu den EU-Programmen und EUSPA

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) unterstützt die Abkommen zur Assoziierung der Schweiz an den EU-Programmen

(EUPA) sowie zur Beteiligung an der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm (EUSPA) im Rahmen des Vertragspakets Schweiz-EU (Bilaterale III). In einem Mitbericht zuhanden der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK-S) unterstreicht sie den Mehrwert des EUPA für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation, insbesondere durch die Teilnahme am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe». Die WBK-S ist zudem der Ansicht, dass die Teilnahme der Schweiz an der EUSPA aus sicherheits- und ausserpolitischer Perspektive gewinnbringend ist.

[weiterlesen »](#)

06.05.2026 | Bilaterale Schweiz-EU

WBK-S spricht sich für Erasmus+ aus

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) hat sich im Rahmen ihrer Beratungen des Pakets Schweiz-EU für eine Assoziierung der Schweiz an das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ und deren Finanzierung für das Jahr 2027 ausgesprochen. Die Kommission hiess den entsprechenden Bundesbeschluss in der Gesamtabstimmung mit 5 zu 5 Stimmen mit Stichentscheid ihres Präsidenten gut und sprach sich dafür aus, den Beschluss gleichzeitig mit dem Paket Schweiz-EU zu behandeln.

[weiterlesen »](#)

NEU ERSCHIENEN



Newsletter Nr. 97, Juni 2026

Der 97. Ausgabe des FUTURE Newsletters enthält ein Editorial von Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger über den Beitrag von Forschung und Innovation zur Sicherheit der Schweiz. Der Leitartikel erörtert die Bedeutung des Zusammenspiels zwischen der nationalen Forschungs- und Innovationsförderung und «Horizon Europe».

[weiterlesen »](#)

MONITORING

Monitoring BFI-relevanter Geschäfte

№	Titel	Art	Stadium	Beauftragter	Beauftragte Organisation
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

Parlamentsgeschäfte im Bereich Bildung, Forschung und Innovation

Hier gelangen Sie zur aktuellen Übersicht des Netzwerks FUTURE.

[weiterlesen »](#)

AGENDA

- 24.-25.06.2026 | [Finanzkommission des Nationalrates \(FK-N\)](#)
- 24.-25.06.2026 | [Finanzkommission des Ständerates \(FK-S\)](#)
- 29.-30.06.2026 | [Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates \(WBK-S\)](#)
- 13.-14.08.2026 | [Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates \(WBK-N\)](#)

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? [abmelden](#)

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.

Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

2. Juni 2026